Frau Ministerpräsidentin
Malu Dreyer
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Bitburg, 9. November 2023

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

sehr geehrter Herr Minister Ebling,

sehr geehrter Herr Wagenführer,

vielen Dank für Ihre Rückmeldung auf unser Schreiben vom 27. März 2023.

Wir sind über Ihr Antwortschreiben allerdings sehr verwundert und haben in den letzten Monaten gehofft, dass Sie unserer Bitte nachkommen und einen gemeinsamen Dialog ermöglichen. Mittlerweile ist es Herbst geworden und Sie haben uns leider nicht zu erkennen gegeben, an einem Gespräch mit den politischen Entscheidungsträgern vor Ort interessiert zu sein.

Wir sind auch darüber irritiert, dass Sie, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer, auf unseren Hilfebrief nicht persönlich geantwortet haben, sondern stattdessen diese Aufgabe weiterdelegiert haben.

Als **ehrenamtliche Kommunalpolitiker** hätten wir uns mehr Anerkennung und Wertschätzung erhofft, denn letztendlich stehen Sie, Frau Ministerpräsidentin, für die Politik Ihrer Regierung ein.

Im Sommer konnten wir den Rücktritt des Gemeinderates und des Bürgermeisters der Gemeinde Freisbach erleben. Kommunale Vertreterinnen und Vertreter fühlen sich immer mehr und mehr als „**Diktatsempfänger**" und gezwungenermaßen „**Steuererhöherer durch die Hintertür**".

Ganzen Dörfern und Städten geht die finanzielle Luft aus, politische Vertreterinnen und Vertreter wollen nicht mehr kandidieren, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister resignieren mehr und mehr. Die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass etwas nicht in Ordnung ist, wenn Gemeindesteuern erhöht werden, weil das Land die Kommunen durch Fördervorgaben zu Steuererhöhungen zwingt und trotzdem gleichzeitig **kein Geld** für die Kindertagesstätten, die Schulen, die Vereine und die Infrastruktur vor Ort vorhanden ist.

Das Thema „Aufkommensneutralität" der Grundsteuer ab 2025 interessiert Sie wahrscheinlich ebenfalls nicht, da das ja – wie so Vieles – „Sache der Kommunen" ist.

Hier wird der Zusammenhalt vor Ort gefährdet. **Demokratie ist ein „Bottom-up-System".**

Leider müssen wir hier auch anmerken, dass keines der von uns angesprochenen Themen in dem Antwortschreiben, das wir erhalten haben, beantwortet wurde. Stattdessen werden wir – so zumindest unsere Wahrnehmung – belehrt, ohne konstruktive Dialogmöglichkeiten aufzuzeigen.

In Ihrem Brief bleiben **Rückantworten/Rückmeldungen** auf folgende Themen offen:

- zu der Finanzierungsfähigkeit,
- zu den Förderungen,
- zu dem KITA-Zukunftsgesetz,
- zu dem Raumprogramm aus dem Jahr 1978,
- keine Erwähnung des Konnexitätsprinzip, usw.

Bitte erlauben Sie uns, dass wir auf einen Punkt in Ihrem Schreiben eingehen.

Herr Innenminister Ebling schreibt in seiner Antwort, dass die Steuerschätzung in Rheinland-Pfalz von deutlich steigenden kommunalen Steuereinnahmen ausgeht.

Dazu möchten wir folgende Mitteilung von Finanzministerin Doris Ahnen (SPD) zitieren:

„Im Gegensatz zum Land können die rheinland-pfälzischen Kommunen laut Finanzministerium mit leichten Mehreinnahmen rechnen – in diesem Jahr mit rund 40 Millionen Euro. Für das nächste Jahr würden im Vergleich zur Steuerschätzung vom Herbst 2022 Mindereinnahmen von 99 Millionen Euro prognostiziert.

(Quelle: Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz rechnet mit weniger Steuereinnahmen | tagesschau.de 11.5.2023)

Leider kommen wir am Ende unseres nicht erfolgenden Dialoges zu folgender trauriger Erkenntnis: **Unser Hilferuf aus Bitburg wurde nicht erhört**.

Im Ergebnis müssen wir, die politischen Entscheidungsträger vor Ort, konsterniert feststellen, dass, wie von uns gewünscht, ein konstruktiver Austausch augenscheinlich nicht gewünscht ist.

Mit freundlichen Grüßen aus Bitburg

Andreas Gerten	Manfred Böttel	Willi Notte
CDU-Fraktion	FBL-Fraktion	FW-Fraktion
David Ewald	Patric Nora	
Bündnis 90 – Die Grünen Fraktion	FDP-Fraktion	